

Luxemburg, den 15. Mai 2021

Beschluss über die Migrationspolitik Luxemburgs und der Europäischen Union
Ausschuss für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten, Verteidigung,
Zusammenarbeit und Immigration

Die Europäische Union (EU) erlebt seit Jahrzehnten mehr oder weniger bedeutende Migrationsströme aus der ganzen Welt. Die Vereinten Nationen definieren „Migrant*innen“ als Personen, die ihren Wohnsitz für länger als ein Jahr ins Ausland verlegen, unabhängig davon, warum sie ihr Heimatland verlassen, ob sie das freiwillig tun oder dazu gezwungen sind und ob sie auf legalem oder illegalem Weg einwandern.¹ Es ist eine Verschlechterung der politischen und sozioökonomischen Situation in zahlreichen Regionen der Welt wie dem Nahen Osten und Ostafrika festzustellen. Dieser Trend geht mit zahlreichen Herausforderungen und Schwierigkeiten auf europäischer Ebene einher. Uns als Mitglieder des Jugendparlaments bereitet dieses Thema Sorgen, und wir sind der Ansicht, dass trotz der großen von den politischen Führern Europas unternommenen Anstrengungen weitere Maßnahmen notwendig sind, um die Lebensbedingungen der Migrant*innen sowie die Situation auf der europäischen Ebene zu verbessern. Aus diesem Grunde haben wir uns in den letzten Monaten eingehend mit verschiedenen Fragestellungen befasst, darunter mit der Lage in den Geflüchtetenlagern, der Steuerung der Migrationsströme, den der Auswanderung zugrundeliegenden Ursachen und schließlich der Situation der illegalen Migration in der Europäischen Union. Statistiken der Europäischen Kommission zufolge sind 2018 2,2 Millionen Menschen aus 150 verschiedenen Ländern in die Europäische Union eingewandert.

Das Jugendparlament:

- A. stellt mit Bedauern fest, dass es den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht gelingt, sich auf eine gemeinsame Lösung für die Zuwanderung zu einigen und die Gespräche über die Aufnahmequoten für Migrant*innen stagnieren;

¹ <https://refugeesmigrants.un.org/fr/définitions>

- B. merkt an, dass ein bedeutender Teil der Migrant*innen infolge von traumatisierenden Ereignissen an posttraumatischem Stress leidet²;
- C. merkt mit Bedauern an, dass die Integration der Migrant*innen auf nationaler Ebene unzureichend ist, da
- a) eine Mehrheit der jungen Migrant*innen angibt, Schwierigkeiten zu haben, sich zu integrieren,³
 - b) ein Großteil keinen Zugang zum Arbeitsmarkt findet,⁴
 - c) viele Migrant*innen Diskriminierung oder Ungleichbehandlung ausgesetzt sind;⁵
- D. bedauert, dass die luxemburgische Bevölkerung nicht ausreichend über die Komplexität der Situation der Geflüchteten in Luxemburg und die Integrationsprobleme, denen diese Menschen in unserer Gesellschaft begegnen, aufgeklärt ist;
- E. erinnert daran, dass Völkerwanderungen unmittelbar mit der militärischen Beteiligung von Ländern, die europäische Waffenlieferungen erhalten haben, an nationalen oder internationalen bewaffneten Konflikten zusammenhängen können;⁶
- F. unterstreicht, dass die meisten Geflüchteten ihr Herkunftsland gar nicht unbedingt verlassen, sondern es sich bei ihnen um Binnenvertriebene handelt oder sie in Nachbarländer flüchten,⁷
- a) was zu einer Überbelegung der Geflüchtetenlager in bestimmten Regionen führt, welche die vor Ort tätigen NRO nicht bewältigen können,
 - b) was zu einer Verschlechterung der Lage in diesen Lagern aufgrund der aktuellen Pandemie führt und besonders schwerwiegende Konsequenzen für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Kinder hat;⁸
- G. bedauert, dass die EU unmittelbar an der gewalttätigen und unmenschlichen Behandlung von Migrant*innen in den Lagern vor den Toren Europas beteiligt ist, weil
- a) die EU diese Zentren mit großzügigen Subventionen und Beihilfen unterstützt⁹,
 - b) die EU die libysche Küstenwache ausbildet¹⁰,
 - c) die EU ihrer Verantwortung, für eine menschenwürdige Behandlung in diesen Lagern zu sorgen, nicht nachkommt.

² <https://www.infomigrants.net/fr/post/29311/automutilations-idees-suicidaires-sur-les-iles-grecques-une-degradation-inquietante-de-la-sante-mentale-des-migrants>

³ <https://journals.openedition.org/osp/4767#tocto1n5> / [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Figure_4_Distribution_of_first-time_asylum_applicants_\(non-EU_citizens\)_by_age_groups,_2020_\(%25\).png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Figure_4_Distribution_of_first-time_asylum_applicants_(non-EU_citizens)_by_age_groups,_2020_(%25).png)

⁴ <https://www.wort.lu/fr/luxembourg/la-difficile-integration-des-refugies-au-luxembourg-5f637336de135b92364f3749>

⁵ <https://journals.openedition.org/osp/4767#tocto1n5> / [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Figure_4_Distribution_of_first-time_asylum_applicants_\(non-EU_citizens\)_by_age_groups,_2020_\(%25\).png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Figure_4_Distribution_of_first-time_asylum_applicants_(non-EU_citizens)_by_age_groups,_2020_(%25).png)

⁶ <https://www.medecinsdumonde.org/fr/actualites/moyen-orient/2019/03/21/yemen-la-france-doit-suspendre-ses-ventes-darmes>

⁷ <https://migrants-refugees.va/en/idp/> <https://www.care.lu/nos-actions/champs-dintervention/refugies>

⁸ <https://www.ouest-france.fr/societe/droits/droits-des-femmes/point-de-vue-celebrons-le-courage-et-l-engagement-des-filles-et-femmes-refugiees-face-a-la-pandemie-7178777>

⁹ <https://www.france24.com/fr/20170203-italie-union-europeenne-eu-financer-camps-migrants-libye-mediterranee-malte>

¹⁰ <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200427IPR77915/stop-cooperation-with-and-funding-to-the-libyan-coastguard-meps-ask>

Das Jugendparlament:

1. befürwortet ausdrücklich die Wiederaufnahme der Gespräche über die europäischen Aufnahmequoten und empfiehlt, diese auf der Grundlage der folgenden Aspekte festzulegen:
 - a) Bevölkerung, wirtschaftliche Situation und vorhandene Infrastruktur im Land,
 - b) wenn keine Einigung erzielt werden kann, könnte ein zeitlich begrenzter Rückgriff auf den Mechanismus der Verstärkten Zusammenarbeit (Art. 20 EUV) erfolgen, bei gleichzeitigem Aufruf an andere Länder, diesem nach und nach beizutreten;
2. befürwortet die Umsetzung der folgenden Maßnahmen zur Verbesserung der Aufnahme von Migrant*innen:
 - a) Verstärkung der psychologischen und sozialen Betreuung durch die zuständigen Behörden für Migrant*innen, die dies wünschen,
 - b) Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die psychologischen Dienste, damit diese ihren Auftrag erfüllen können;
3. schlägt die folgenden Maßnahmen vor, um die Situation zu verändern und den Lebensalltag von Migrant*innen in der Gesellschaft zu verbessern:
 - a) aufmerksamere und für die Belange von Migrant*innen offenere psychologische Beratungsangebote und Ordnungskräfte,
 - b) Erleichterung der Integration junger Migrant*innen in den luxemburgischen Arbeitsmarkt durch Beschleunigung der Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse,
 - c) Förderung der öffentlichen Debatte zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit;
4. fordert, dass der obengenannte Dienst auch die Aufklärung und Information der luxemburgischen Gesellschaft übernimmt:
 - a) indem er Aufklärungskampagnen zu Zuwanderungsthemen konzipiert und diese unter anderem in Schulen umsetzt,
 - b) indem er die kollektiven Dienstleistungen verbessert, um bestehende Initiativen zu unterstützen, welche die Transparenz gegenüber der Bevölkerung stärken und das interkulturelle Verständnis fördern;
5. fordert Luxemburg auf:
 - a) sich innerhalb der EU deutlich gegen den Verkauf von Waffen an Staaten zu positionieren, die an bewaffneten Konflikten beteiligt sind,
 - b) einen strengeren gesetzlichen Rahmen vorzuschlagen, der über den Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP¹¹ hinausgeht, indem die Kriterien für die Kontrolle der

¹¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1593585369341&uri=CELEX%3A32008E0944>

Empfängerländer harmonisiert werden und ein rechtsverbindlicher Text wie eine Richtlinie verabschiedet wird;

6. ruft die luxemburgische Regierung dazu auf, ihre Anstrengungen zu verstärken und vermehrt mit NRO und Regierungen vor Ort zusammenzuarbeiten, um die Lebensbedingungen der Geflüchteten zu verbessern und dabei die Rechte und Pflichten der in der Geflüchtetenhilfe tätigen NRO zu bekräftigen:
 - a) indem menschenwürdige Lebensbedingungen gemäß Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geschaffen werden,
 - b) indem ein Bewusstsein für die Bedeutung sozialpädagogischer Programme geschaffen wird;

7. schlägt folgende Maßnahmen vor, um die entsetzlichen Lebensbedingungen der Migrant*innen in diesen Lagern zu verbessern:
 - a) Schaffung einer unabhängigen Organisation, die jedoch die bereits bestehende Kontrollarbeit jener NRO, deren Mitarbeiter*innen die Geflüchteten- und Festhaltelager betreten und überprüfen können, ob die Lebensbedingungen menschenwürdig sind, nicht antastet,
 - b) sofortiges Überprüfen oder Überdenken der EU-Nachbarschaftspolitik betreffend die Zusammenarbeit im Bereich Migration mit Staaten, in denen die Menschenrechtsstandards nicht geachtet werden,
 - c) Stärkung der Transparenz bezüglich der Gesundheits- und Lebensbedingungen in den von der EU unterstützten Festhaltlagern.

Das Jugendparlament ist aus diesen Gründen der Ansicht, dass die Lebensbedingungen von Migrant*innen verbessert werden müssen. Dafür sind in erster Linie größere Anstrengungen von Seiten Luxemburgs und anderer EU-Staaten vonnöten. Weiterhin ist es unerlässlich, das Problem der Verteilung der Migrant*innen innerhalb der EU zu lösen. Eine denkbare Lösung wäre das entschiedene Eintreten für eine Wiederaufnahme der Gespräche über die europäischen Aufnahmequoten. Um die Achtung der Menschenrechte in den Migrantencamps sicherzustellen, ist die Schaffung einer unabhängigen Organisation, die freien Zugang zu den Camps in Nordafrika hat, dringend geboten. Schließlich ist es unabdingbar, Aufklärungskampagnen zu organisieren, damit die luxemburgische Bevölkerung ein Bewusstsein für die Komplexität der Lage der Geflüchteten entwickelt.

Abschließend sei auf die Wichtigkeit verwiesen, eine gemeinsame Bewältigung der Herausforderungen im Bereich Migration anzustreben, welche die physische und psychische Gesundheit der Migrant*innen in den Blick nimmt und durch Berücksichtigung vor allem der nachhaltigen Entwicklungsziele der UN einen guten Betrieb der Migrantencamps sowie die freie Entfaltung der betroffenen Personen in unseren Gesellschaften ermöglicht. Es ist für uns

von unabdingbarer Wichtigkeit, dass das Thema der Zuwanderung nach Europa nicht in Vergessenheit gerät und das politische Handeln für eine Verbesserung der Situation wieder in den Vordergrund rückt. Man sollte nie vergessen, dass hinter jeder Statistik und hinter jeder Zahl die Geschichte eines Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben steht. Um es mit den Worten von Abbé Pierre zu sagen: „Wir sollten füreinander leben, nicht gegeneinander.“ In diesem Geiste haben wir den vorliegenden Beschluss verfasst.